

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
167 · Ausgabe BE · Dezember 2016



UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III

Steuerausfälle und Abbau im Kanton Bern – ab 2019 droht ein Desaster!

WÜRDEN UNSER REFERENDUM GEGEN DIE UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III (USR III) AM 12. FEBRUAR 2017 SCHEITERN, SO KÖNNTE DIE BEVÖLKERUNG IM KANTON BERN ZU DEN GRÖSSTEN VERLIERERN DER ÄNDERUNGEN IM STEUERSYSTEM GEHÖREN. DER REGIERUNGSRAT WILL NÄMLICH DIE GEWINNSTEUER FÜR ALLE AKTIENGESELLSCHAFTEN (AGS) UM MEHR ALS 5 PROZENT SENKEN SOWIE NEUE STEUERGESCHENKE EINFÜHREN. DAS BEWIRKT MASSIVE STEUERAUSFÄLLE AB 2019.

Die SP Kanton Bern hat zu Recht schon früh gefordert, dass die aus der USR III folgenden Ausfälle kompensiert werden müssen. Entgegen der Forderung von SP und Gewerkschaften werden die neuen Steuerausfälle aber nicht durch die Aktionäre und die AGs gegenfinanziert. Wie bereits feststeht, zögen die Steuerausfälle der USR III ab 2019 einschneidende Abbaupakete sowohl beim Kanton Bern als auch beim Bund nach sich.

Für die Städte und Standorte von Aktiengesellschaften wäre die USR III ein Desaster: Bern würde 35 Millionen Gewinnsteuern pro Jahr verlieren, Biel 15 Mio., Köniz 4,5 Mio., Thun 5,2 Mio., Langenthal 2,1 Mio., Burgdorf 1,7 Mio., Ostermündigen 1,5 Mio. Ein ausgeprägter Unternehmensstandort wie Ittigen mit dem Swisscom-Sitz verlöre 5,2 Mio. Frau/Mann muss wissen, dass heute schon gut 60 % der Aktiengesellschaften keine Gewinnsteuern zahlen. Die heute kantonal steuerbefreiten Gesellschaften würden kaum mehr, dafür die restlichen AGs mit der 5%-Gewinnsteuersenkung plus neuen Abzügen viel weniger als



Margret Kiener Nellen,
Nationalrätin/Präsidentin
Finanzkommission

heute bezahlen. Steuerverwaltungen berechnen, dass Städte und weitere Unternehmensstandorte in ca. 4 bis 5 Jahren in ein finanzielles Desaster geraten würden. Die massiven Steuerausfälle würden auch den innerkantonalen Finanzausgleich auf den Kopf stellen. Die Abbaurunden würden also auch alle ländlichen Gebiete treffen.

Der Abbau hat ein Gesicht

In der Stadt Bern rechnet Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) im Fall eines Ja zur USR III bei der familienexternen Kinderbetreuung, bei der Frühförderung oder bei der Integration mit einem Leistungsabbau statt mit den nötigen zusätzlichen Leistungen. Schulen, Sportanlagen und die Kultur wären ebenfalls vom Sparhammer bedroht.

Als Werk- und Exportstandort ist Biel besonders betroffen. Städtische Dienstleistungen wie Buslinien und Kultursubventionen müssten abgebaut werden. Es käme zu Entlassungen im öffentlichen Dienst.

Im ganzen Kanton Bern würde es laut SP-Präsidentin Ursula Marti die Schulen, die Behinderten, den öffent-

lichen Verkehr und die Polizei treffen. Mit der USR III machen Grosskonzerne, Grossaktionäre und Steuerberater Milliarden. Die Rechnung bezahlen wir alle – die Rentnerinnen und Rentner, die Angestellten, die Familien, der Mittelstand und die Menschen in Armut. Mit Abbau des Service Public überall, mit weniger Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen (EL), mit höheren Tarifen für Spitex und Pflegeheime sowie mehr Steuern.

Fazit: Die Bevölkerung würde dreimal bezahlen für die Milliarden-Steuerbesenke an die Konzerne und Grossaktionäre: durch Leistungsabbau und Mehrkosten für den Service Public beim Bund, im Kanton und – vor allem – in den Städten und Gemeinden.

Daher mein Aufruf: informiert ab sofort eure Bekannten/Verwandten und bewegt sie dazu, Leserbriefe zu schreiben sowie am 12. Februar 2017 ein NEIN zur USR III in die Urne zu legen. Für das Referendum braucht es das einfache Volksmehr – gemeinsam schaffen wir es!

Was wir vorhaben

«Wir» – damit meinen wir die gesamte Geschäftsleitung, bestehend aus uns beiden, Jana Willi, Alain Roth und Matteo Langenegger. Dieses Wir umfasst auch unsere Basis – ein grosser Teil unserer Entscheide wird von der Basis der JUSO Kanton Bern an den VVs abgesegnet. In all unseren Entscheidungen als Geschäftsleitung sind wir uns bewusst, dass wir eine Basis von rund 500 Menschen vertreten.

Folgendes sind unsere Ziele für das Jahr 2017:

■ **Kampagne gegen die USR III:** Milliardenbschiss bekämpfen – Steuergeschenke für Grossunternehmen auf Kosten der Gesellschaft gilt es zu verhindern. Wie die SP ziehen wir Anfang 2017 auf die Strasse und verhindern diesen Steuerbschiss.

■ **Mitgliederbildung:** Wir sind nur im Kollektiv stark. Die Bildung unserer Mitglieder ist die Grundlage unserer politischen Arbeit. Im Fokus stehen deshalb inhaltliche Bildungsanlässe zu aktuellen politischen Themen, wie auch handwerkliche Bildung, die die Arbeit in Vorständen und an der Basis laufend verbessern.

■ **Grossratswahlen 2018:** Wo immer möglich, plant die JUSO mit eignen Listen zur Wahl anzutreten. Die Grossratswahlen bieten die Möglichkeit, unsere linken Ideen und Lösungen auf die Strasse zu tragen. Sie sind die ideale Plattform, um in allen Regionen des Kantons Bern für eine offene, gerechte soziale und solidarische Gesellschaft zu kämpfen. Im Zuge der Grossratswahlen sollen zudem neue Mitglieder gewonnen und der Aufbau von Sektionen weiter vorangetrieben werden.

■ **Sammlung von Unterschriften für die Initiative der JUSO Schweiz:** Am 5. November 2016 entschied sich die DV der JUSO Schweiz für das Initiativprojekt «Kapital statt Arbeit besteuern». Die Initiative hat zum Ziel, Kapitaleinkommen im Verhältnis zum Arbeitseinkommen stärker zu besteuern. Ab März 2017 werden wir mit der Unterschriftensammlung für das nächste grosse JUSO-Projekt beginnen.

■ **SP Kanton Bern:** Nicht zuletzt werden wir es uns auch künftig nicht nehmen lassen, das konsequent linke Gewissen der SP Kanton Bern zu bleiben.



MARCEL «MOLLI» MOLLARD

Langenthal, geboren 1990
 Betonwerker, Co-Präsident seit November 2015
 Persönliche Schwerpunkte:
 Integration Asylsuchender, Anti-Repression

Ich bin der JUSO im Februar 2014 beigetreten, nachdem die Masseneinwanderungsinitiative durch Stimmvolk und Stände knapp angenommen wurde. Ich konnte mir bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorstellen, dass so eine Initiative jemals angenommen werden könnte. Die Annahme motivierte mich, der neugegründeten JUSO Oberaargau beizutreten und den Rechtsrutsch in der Gesellschaft nicht tatenlos hinzunehmen. Seither durfte ich viele motivierte Menschen kennenlernen und Teil einer unglaublichen Freundschaft werden, welche die Jungsozialist*innen aus der ganzen Schweiz und darüber hinaus verbindet.

DARIA VOGRIN

Biel, geboren 1994
 Studentin Anglistik und Linguistik
 Co-Präsidentin seit August 2016
 Persönliche Schwerpunkte: Feminismus, Migrationspolitik

Politisiert wurde ich in meiner Gymerzeit mit der Minarettinitiative und den Atomunfällen in Japan. Nach kurzem Schwanken zwischen den Grünen und der JUSO trat ich 2011 der JUSO Bielingue bei und bereue die Entscheidung kein bisschen. Mit der Politik fand ich mehr als nur ein Hobby – der Beitritt zur JUSO brachte die Erkenntnis, dass der Kampf für eine gerechte Welt nie aufhören darf. Ich schätze mich glücklich, mit der JUSO eine Bewegung gefunden zu haben, die diesen Kampf tagtäglich mit vollster Überzeugung führt.



Überwiegend siegreich in den Gemeindewahlen – nicht von ungefähr

2016 FANDEN IM KANTON BERN VIELE GEMEINDEWAHLEN STATT. DIE SP ZÄHLTE OFT ZU DEN GEWINNERINNEN UND KONNTE SOGAR HISTORISCHE SIEGE EINFAHREN. DABEI STECHEN EINIGE ERFOLGSFAKTOREN INS AUGE.

Ein neuer SP-Stadtpräsident in Langenthal und die Verteidigung des SP-Stadtpräsidiums in Burgdorf. Zusätzliche SP-Gemeinderats-sitze in Neueneegg, Schüpfen, Oberhofen, Belp, Muri-Gümligen und Sumiswald. Diese Highlights stehen für ein erfolgreiches Jahr der SP bei Gemeindewahlen im Kanton Bern. Ungetrübt ist die Bilanz nicht. So gingen auch Sitze verloren und SP-ExponentInnen mussten in direkten Ausmachungen ihren KonkurrentInnen den Vortritt lassen. Es sind unterschiedliche Gefühle, welche je nach Wahlausgang bleiben: Grosse Freude bei den vielen Wahlerfolgen, Wehmut bei versagt gebliebener Wählergunst. Und doch bleibt unter dem Strich über alle Gemeinden hinweg eine deutlich positive Bilanz. Die SP Kanton Bern ist fast flächendeckend auf kommunaler Ebene präsent.

In ländlichen und Gemeinden der Agglomeration befinden wir uns zwar meist in der Minderheit, schaffen es aber oft auf konstruktive Art, sozialdemokratische Anliegen einzubringen. Dass es auch in ländlichen Gebieten immer mehr Kitas gibt, geht auch auf die Beharrlichkeit vieler SP-Sektionen zurück. In den Städten sind wir häufig die «staatstragende Partei» und werden von den Wählerinnen und Wählern für umsichtige Regierungsarbeit belohnt und bestätigt. In

Bern zum Beispiel wurde das seit 24 Jahren regierende RotGrünMitte-Bündnis mit einem zusätzlichen Sitz in der Stadtregierung belohnt und verfügt nun über vier von fünf Sitzen.

Bei allen Unterschieden von Gemeinde zu Gemeinde stechen einige gemeinsame Erfolgsfaktoren ins Auge.

Langfristige Planung: Ein Jahr vor den Wahlen sind diese noch weit weg. Dennoch ist das der richtige Zeitpunkt, um in die konkrete Planung einzusteigen. Sektionen, die frühzeitig geplant und Vorarbeit geleistet hatten, konnten sich in den eigentlichen Wahlkampfphasen aufs Kerngeschäft konzentrieren, also die Botschaften zu den Leuten tragen und für ihre Kandidierenden werben.

Themen vor Ort aufgreifen: Unsere Positionen und Forderungen sind selten so verständlich, wie wenn sie lokalen Bezug haben. Die Umnutzung eines leerstehenden Gebäudes als Flüchtlingsunterkunft oder eine zusätzliche Zugverbindung am Abend sind gute Beispiele.

Aktive Personalpolitik: Gerade mit konkreten lokalen Forderungen lassen sich Mitglieder und Nahestehende zur Mitarbeit gewinnen. Aus aktiven Mitgliedern werden Kommissionsmitglieder, aus Kommissionsmitgliedern GemeinderätInnen. Sektionen, die frühzeitig Personal aufbauen, können im strengen Wahljahr von dieser Investition zehren.

Hannes Rettenmund, Kampagnenverantwortlicher SP Kanton Bern



ÜBER 1000 UNTERSCHRIFTEN FÜR TAGESSCHULPETITION

«Jetzt braucht es einen nächsten Schritt zu einer ganzheitlichen Betreuung, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kein Lippenbekenntnis bleibt», fordert das Elternkomitee «Pro Tagesschulen Köniz» um Tanja Bauer, Marianne Aeberhard und Leo Grunder. So sei es insbesondere wichtig, dass die ausserfamiliäre Betreuung wie aus einem Guss funktioniere. Schule, Mittagstisch und Freizeitangebote sollen sich ohne Übergänge aneinanderreihen. Dafür brauche es auch mehr Räumlichkeiten. Die November-Ausgabe des Links.be Region Bern berichtete ausführlich über die Petition.

Diese Anliegen sprechen vielen Könizerinnen und Könizern aus dem Herzen: Über 1000 Personen haben die Petition unterzeichnet, am 16. Dezember konnte sie den Gemeindeverantwortlichen übergeben werden.

Weitere Infos zum Erfolgsprojekt unter www.pro-tagesschulen-koeniz.ch

«AM HORIZONT» GEWINNT

Der Schreibwettbewerb zum hundertjährigen Jubiläum der SP Muri-Gümligen fand mit der gutbesuchten Preisverleihung vom 5. November einen medienwirksamen Abschluss. Unter den zum Thema «Rot» eingereichten Texten kürte die Jury Christina Frosio mit «Am Horizont» zur Gewinnerin und das Publikum «Morgenröte» von Kornelia Helfmann.

AUFRUF ZUR DREIKÖNIGSAKTION

Auch 2017 startet die SP mit einer Dreikönigsaktion ins neue Jahr. Im Kanton Bern beteiligen sich viele Sektionen daran. Damit die Aktion ein Erfolg wird, braucht es möglichst viele Helferinnen und Helfer.

Wer mitmachen will, meldet sich bei der SP-Sektion.

Für Sektionen, welche die Bestellfrist von Karten bei der SP Schweiz verpasst haben, steht eine kleine Notreserve bei der Kantonalpartei bereit.

AGENDA

Aktionstage USR III

Freitag, 6. Januar 2017 Dreikönigsaktion

Samstag, 21. Januar 2017 Nationaler Aktionstag

Samstag, 28. Januar 2017 Nationaler Aktionstag

Kantonale Parteitage

Mittwoch, 29. März 2017, 19–21.30 in Bern

Samstag, 26. August 2017, 10–15 in Bätterkinden

Mittwoch, 01. November 2017, 19–21.30 in Bern

Sessionen Grosser Rat

Januarsession: 23.–26. Januar

Alle Termine auf: www.spbe.ch/agenda

Ein grosser Teil der kommunalen Wahlen im Kanton Bern ist vorbei, die Wahlerfolge und -niederlagen sind uns allen in frischer Erinnerung. Als Co-Präsidentin der JUSO Kanton Bern blicke ich zufrieden auf die Wahlen zurück. Überall, wo die JUSO antrat, gewann sie Sitze: In Biel wie in Bern dürfen sich nun je zwei JUSOs Stadtrat*innen nennen. Die JUSO, die innerhalb der SP Kanton Bern oft, gelinde gesagt, mit Gegenwind zu kämpfen hat, geht als Gewinnerin aus den Wahlen hervor.

Doch weder die SP noch die JUSO darf sich auf diesen Erfolgen ausruhen. Die städtischen Wahlen sind keine Garantie dafür, dass die Politik im ganzen Kanton linker wird. Auf kantonaler wie auf städtischer Ebene kommen Sparmassnahmen auf uns zu: Es drohen die Annahme der Unternehmenssteuerreform III und Steuergeschenke in dreistelliger Millionenhöhe, gespart wird mit grosser Wahrscheinlichkeit auf dem Buckel der

Schwächsten. Das können wir nicht tatenlos zulassen. Es ist höchste Zeit, für unsere Überzeugungen einzustehen und dem bürgerlichen Diskurs entgegenzutreten. Wir dürfen nicht bloss auf neoliberale Forderungen reagieren, sondern müssen ihnen klar linke Forderungen entgegensetzen. Auf nationaler Ebene ist ein erster Schritt in diese Richtung gemacht: Nachdem sich am rechten Flügel der Partei wieder einmal Widerstand gegen sozialdemokratische Forderungen geregt hatte, wurde am Parteitag vom 4. Dezember in Thun das Papier zur Wirtschaftsdemokratie angenommen. Doch es darf nicht bei Papieren bleiben. Nun müssen wir auch tatsächlich Politik machen – nicht nur in den Räten, sondern auch in unserem Umfeld. Dazu gehören Überzeugungsarbeit und Diskussionen: mit unseren Freund*innen, Nachbarn, Arbeitskolleg*innen. Nur so können wir ein Bewusst-

Rote Feder

sein für soziale Gerechtigkeit schaffen – der Wandel kommt von unten, nicht von oben.

Typischer JUSO-Idealismus? Dieser Idealismus verhalf der JUSO zur Wahl: Wir haben an der Basis und auf der Strasse mit Überzeugung für eine linke Politik und linke Forderungen gekämpft. Die Wahlergebnisse zeigen: unsere Wählerschaft will linke Lösungen. Unsere Aufgabe ist damit klar: den politischen Wandel vorantreiben, radikale Forderungen stellen. Trauen wir uns!

*Daria Vogrin aus Biel
Co-Präsidentin JUSO
Kanton Bern*

